

Niederschrift

über die Sitzung am Montag, 01.02.2016,
im Kreishaus Borken, Kreisausschuss-Sitzungssaal (Raum 2181)

Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 19:50 Uhr

Anwesend:

Vorsitz:

Paul Lensing Borken

Mitglieder:

Arno Berning	Raesfeld	von 17:15 Uhr (TOP 1) bis 19:15 Uhr (TOP 7)
Robert Brandt	Gronau	
Dietmar Eisele	Ahaus	
Stefan Hegering	Bocholt	Vertretung für Herrn Thiemann
Volker Jürgen Himmel	Gronau	
Reinhard Horst	Ahaus	Vertretung für Herrn Klein
Markus Jasper	Heek	bis 18:05 Uhr (TOP 2)
Ludger Konrad	Stadtlohn	bis 18:08 Uhr (TOP 3)
Markus Krafczyk	Bocholt	Vertretung für Herrn Vering, bis 19:22 Uhr (TOP 7)
Elisabeth Lindenhahn	Raesfeld	
Dr. Heinrich Render	Ahaus	
Theo Sanders	Bocholt	
Bernhard Schemmer	Reken	Vertretung für Herrn Wendler
Norbert Schulenkorf	Gescher	
Marco van den Berg	Bocholt	

Vertreter/innen der Verwaltung:

Hubert Grothues
Dr. Hermann Paßlick
Peter Sonntag
Ludger Stienen
Karl-Peter Theis
Michael Weitzell
Sofia Arnold
Olaf Sobek

Es fehlt:

Tobias Zobel Reken

Gäste:

Dr. Heiner Kleinschneider	Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Borken
Norbert Hetkamp	Flugplatz Stadtlohn-Vreden GmbH
Jürgen Neuß	Ingenieurbüro H. Berg & Partner
Jörg Titz	RTS Ingenieurbüro

Erledigung der Tagesordnung:

Vorsitzender Lensing eröffnet die Sitzung und begrüßt die Erschienenen. Er stellt fest, dass ordnungsgemäß geladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Einwendungen gegen die Tagesordnung sowie die Niederschrift der letzten Sitzung werden nicht erhoben.

Vorsitzender Lensing schlägt vor, den Tagesordnungspunkt 8 vorzuziehen, damit die beiden Referenten Herr Neuß und Herr Titz zum Sitzungsbeginn über die Projektierung des mit Deponiegas beheizten Blockheizkraftwerkes am Kreishaus Borken berichten können. Dagegen werden keine Einwände erhoben, so dass die Sitzungsvorlage 0044/2016 als TOP 1 behandelt wird und die übrigen Tagesordnungspunkte eine Ordnungsnummer nach hinten rutschen.

Daneben wird festgelegt, dass der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen über das Regionalmarketing für den Kreis Borken (Vorlage 0060/2016) an den Kreisausschuss verwiesen wird. Die beiden Anfragen (Vorlagen 0058/2016 und 0059/2016) werden unter dem TOP 10 –Anfragen öffentlich – behandelt.

A. Öffentlicher Teil

**Punkt 1: Projektierung eines mit Deponiegas betriebenen Blockheizkraftwerks zur Versorgung des Kreishauses Borken mit Energie (Wärme und Strom) als Nachfolgelösung für die vorhandene Kohleheizung
Vorlage: 0044/2016**

Anhand eines der Niederschrift als Anlage beigefügten Folienvortrags erklärt Herr Neuß vom Ingenieurbüro Berg, dass sich die im September vorgestellten Planungsgrundlagen, insbesondere zu den Investitionsausgaben und zur Wirtschaftlichkeit, im weiteren Planungsprozess bestätigt hätten. Bei Investitionsausgaben von rund 2,2 Mio. € sei in einer kalkulierten Laufzeit von 15 Jahren mit wirtschaftlichen Vorteilen durch die gemeinsame Investition an Deponie und Kreishaus in einer Größenordnung von rund 2,0 Mio. € zu rechnen. Ergänzend teilt er mit, dass inzwischen die notwendigen Genehmigungsanträge, zum Beispiel zur Unterquerung der Bocholter Aa, gestellt seien. Lediglich der etwas komplexer als zunächst erwartet ausfallende Genehmigungsantrag für das Blockheizkraftwerk nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz werde nach intensiven Vorabstimmungen mit der Bezirksregierung Münster erst Mitte Februar eingereicht. Vorbehaltlich eines positiven Umsetzungsbeschlusses könne die gesamte Baumaßnahme aber bis Ende 2016 abgewickelt werden. Im Weiteren führt er aus, dass ergänzend zur technischen Planung Möglichkeiten zur wirtschaftlichen Optimierung untersucht worden seien. So werde nochmals geprüft, ob eine Förderung der Biogasleitung aus Mitteln des sogenannten Marktanreizprogramms möglich sei, obwohl eine erste Stellungnahme der Kreditanstalt für Wiederaufbau hier negativ ausgefallen sei.

Auf Nachfrage von Herrn Schemmer erläutert Herr Sonntag, dass ursächlich für die negative Einschätzung der Förderung aus dem Marktanreizprogramm die Notwendigkeit von Erdgasbeimischungen sei, zum Beispiel bei Ausfall der Deponiegasversorgung.

Herr Eisele bittet abschließend darum, über die endgültige Förderentscheidung nach deren Vorliegen zu berichten.

Im Gegensatz zum Marktanreizprogramm habe die Bezirksregierung Münster, so Herr Sonntag, die Förderfähigkeit der Gesamtmaßnahme nach dem Kommunalen Investitionsförderungsgesetz NW (KInvFöG) bestätigt. Die Maßnahme sei daher in der entsprechenden Förderübersicht enthalten. Auf Nachfrage von Herrn Eisele ergänzt Herr Grothues, dass für den Fall einer zusätzlichen Förderung nach dem Marktanreizprogramm Reserveprojekte aus der Maßnahmenliste für das KInvFöG in die Förderung nachrücken könnten.

Herr Horst erkundigt sich, wie sichergestellt werden könne, dass durch die gemeinsame Investition den Abfallgebührenezahlenden kein wirtschaftlicher Nachteil entstehe. Herr Sonntag weist darauf hin, dass in der Planung auch ein Messkonzept vorgesehen sei, mit dem zuverlässig ermittelt werden könne, in welchem Umfang Deponiegas verstromt werde. Den sich hieraus ergebenden Stromerlösen müssten die eingesparten Investitionen (zweites BHKW auf der Deponie) gegenüber gestellt werden, um einen fairen wirtschaftlichen Ausgleich zwischen Gebührenhaushalt Abfallwirtschaft und allgemeinem Kreishaushalt zu erreichen. Herr Grothues unterstreicht, dass die Kämmerei in alle Planungen miteinbezogen sei und insbesondere den Punkt der inneren Verrechnung zwischen Gebühren- und Kreishaushalt intensiv bearbeite.

Herr Eisele bittet darum, die Politik über die genauen Abrechnungsmodalitäten, sobald diese detailliert ermittelt werden könnten, zu informieren.

Beschluss: einstimmig

Der Umsetzung des Projektes zum Bau eines mit Deponiegas betriebenen Blockheizkraftwerkes zur Versorgung des Kreishauses Borken mit Energie (Wärme und Strom) als Nachfolgelösung für die vorhandene Kohleheizung wird zugestimmt. Die Verwaltung wird beauftragt, die Umsetzung unter Berücksichtigung der Heizperiode 2016/2017 durchzuführen.

**Punkt 2: Kommunales Investitionsförderungsgesetz - Maßnahmenübersicht
Vorlage: 0039/2016**

Herr Grothues weist einleitend auf die der Sitzungsvorlage beigefügten Maßnahmenliste hin und erläutert, dass der Beschlussvorschlag eine dem Verfahren nach dem Konjunkturpaket II vergleichbare Flexibilität aufweise. Dies sei notwendig, um angesichts des frühen Planungsstandes sicherlich zu erwartende Kostenverschiebungen und –veränderungen bei einzelnen Maßnahmen zeitnah berücksichtigen zu können. Insbesondere sehe die Maßnahmenliste vor, dass bei finanziellen Entlastungen drei benannte Reservemaßnahmen in die Förderung nachrücken könnten. Völlig neue Maßnahmen müssten aber jeweils von der Politik beschlossen werden.

Herr Schemmer fragt nach, ob die Mittel des KInvFöG auch zur Finanzierung von Eigenanteilen, die sich aus anderen Förderprogrammen ergäben, beim Breitbandausbau herangezogen werden könnten, soweit diese Eigenanteile nicht aus Eigenmitteln zu finanzieren seien. Herr Dr. Kleinschneider verneint dies, da nach dem KInvFöG eine Doppelförderung ausgeschlossen sei. Allerdings sähen die speziellen Förderprogramme von Bund und Land für besonders finanzschwache Kommunen im Einzelfall sogar eine 100 %-Förderung vor.

Herr Grothues ergänzt, dass gerade das Thema der Breitbandförderung noch recht unklar sei. Hier müssten intensiv die verschiedensten Förderprogramme untersucht werden. Insofern stelle der in der Maßnahmenliste reservierte Betrag von 1,5 Mio. € für die Breitbandförderung eine sehr vorläufige Veranschlagung dar, die voraussichtlich erst in der zweiten Jahreshälfte konkretisiert werden könne. Gerade vor diesem Hintergrund sei es sehr zu begrüßen, dass inzwischen klar sei, dass die Laufzeit des KInvFöG um 2 Jahre bis zum Jahr 2020 verlängert werde.

Frau Lindenhahn bittet darum, dass über die Fördermaßnahme „Spielmobil zur frühkindlichen Bildung“ (Träger DRK SAB gGmbH) im zuständigen Jugendhilfeausschuss inhaltlich näher informiert werden solle. Ihr wird zugesagt, dass die Verwaltung diesen Punkt beim kommenden Jugendhilfeausschuss auf die Tagesordnung nimmt.

Frau Lindenhahn betont, dass ihre Fraktion eigentlich kein Geld mehr in das Flugplatzprojekt stecken wolle und bittet um Erläuterung der Baumaßnahme. Herr Hetkamp, Geschäftsführer der Flugplatz Stadtlohn-Vreden GmbH, schildert die Situation des Außenbereiches am Flugplatz. Die Fläche bestehe größtenteils aus Jahrzehnte alten Waschbetonplatten, die sich durch Witterung und Wurzelwuchs der Bäume stellenweise verschoben hätten und zum Teil gebrochen seien. Neben der unansehnlichen Optik des Geländes sei hier auch eine Stolpergefahr gegeben. Vor zwei Jahren habe sich eine Projektgruppe aus mehreren angehenden Landschaftsbau-Meistern gebildet, die für den Flugplatz kostenlos eine Neugestaltung der Außenanlagen geplant habe. Die Projektarbeit gehe von Materialien mittlerer Qualität aus, was zu geplanten Ausgaben von rund 80.000 € führe.

Beschluss: einstimmig

1. Der beigefügten Übersicht (Stand: 28.01.2016) über die Maßnahmen, die aus Mitteln des Kommunalen Investitionsfördergesetzes gefördert werden sollen, wird zugestimmt.
2. Soweit bei der weiteren Maßnahmenplanung und -durchführung Ausgabeverschiebungen zwischen den einzelnen zu fördernden Maßnahmen entstehen, wird dem ebenfalls zugestimmt. Dies gilt auch für die Inanspruchnahme der Reservemaßnahmen, wenn durch Einsparungen bei den zu fördernden Maßnahmen deren Finanzierung gesichert werden kann. Neue Maßnahmen bedürfen hingegen der Zustimmung des Kreistages.
3. Über die weitere Maßnahmenplanung und -durchführung nach dem KInvFöG NRW – insbesondere über möglicherweise nicht durchführbare Maßnahmen – wird die Verwaltung im Rahmen der Controllingberichte, des Jahresabschlusses und darüber hinaus bei Bedarf informieren.

Punkt 3: Beratung des Haushaltsentwurfs 2016 für das Budget 09 - Geoinformation und Liegenschaftskataster
Vorlage: 0009/2016

Herr Eisele gibt zu Protokoll, dass er sich bei allen Abstimmungen über Haushaltsvorlagen enthalten werde, da die Meinungsbildung in seiner Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Haushalt noch nicht abgeschlossen sei.

Herr Theis erläutert die Sitzungsvorlage und verweist auf den weiteren Abbau einer Stelle im Jahr 2016. Seit dem Jahr 2009 seien im Rahmen der Personalentwicklung 15 Stellen im Fachbereich Geoinformation und Liegenschaftskataster abgebaut worden. Auf Nachfrage von Herrn Brandt stellt Herr Theis klar, dass dieser Abbau keine Streichung ohnehin unbesetzter Arbeitsplätze gewesen sei, sondern ein echter Personalrückgang aufgrund von Digitalisierung und dem Rückgang manueller Vorgänge. Mittlerweile mache sich der Fachkräftemangel im Katasterwesen auch beim Kreis Borken bemerkbar. Sein Fachbereich bilde zwar Vermessungsgehilfen und Geoinformatiker aus, doch kämen die wenigsten nach anschließendem Ingenieurstudium zum Kreis Borken zurück.

Vorsitzender Lensing und Herr Eisele schlagen ein Anreizprogramm für Nachwuchs-Ingenieure vor, ähnlich dem für junge Ärzte in ländlichen Regionen.

Herr Theis stellt klar, dass über finanzielle Anreize und die Einführung von dualen Studiengängen versucht werde, den Kreis attraktiver für Nachwuchskräfte zu machen.

Beschluss: einstimmig bei zwei Enthaltungen

Dem Entwurf des Kreishaushaltes 2016, bezogen auf das Budget 09 – Geoinformation und Liegenschaftskataster, wird zugestimmt. Dem Kreistag wird insoweit empfohlen, den Haushalt 2016 zu verabschieden.

Punkt 4: Beratung des Haushaltsentwurfs 2016 für das Produkt 11.03.04 - Wirtschaft, Regionalentwicklung, EU-Angelegenheiten, Statistik
Vorlage: 0037/2016

Herr Weitzell erläutert die wesentlichen Bestandteile des Produkts 11.03.04. Im Regionale-Präsentationsjahr seien Gesamtausgaben und Förderungen von rund 1,1 Mio. € über den Kreishaushalt abzuwickeln. Zudem werde eine nächste Planungsstufe des Radschnellwegs RegioVelo entsprechend den Beschlussfassungen von Dezember 2015 haushaltsmäßig berücksichtigt.

Beschluss: einstimmig bei zwei Enthaltungen

Dem Entwurf des Kreishaushaltes 2016, bezogen auf das Produkt 11.03.04 – Wirtschaft, Regionalentwicklung, EU-Angelegenheiten, Statistik, wird zugestimmt. Dem Kreistag wird insoweit empfohlen, den Haushalt 2016 zu verabschieden.

Punkt 5: Beratung des Haushaltsentwurfs 2016 für das Budget 07 - Verkehr
Vorlage: 0025/2016

Herr Stienen informiert, der Ansatz im Haushaltsjahr 2016 für die Gebühren der Kfz-Zulassungsstelle werde sich gegenüber dem Haushaltsentwurf 2016 um 90 T€ erhöhen, da die Gebühren für die ordnungsbehördlichen Maßnahmen ab dem 01.01.2016 angehoben worden seien. In die Veränderungsliste der Verwaltung für die Haushaltsverabschiedung im Kreistag werde diese Veränderung mit aufgenommen.

Auf die Frage von Frau Lindenhahn zu den alten und neuen Gebührensätzen antwortet Herr Stienen, für die 1. Ordnungsverfügung werde eine Gebühr von 47 € (bisher 30 €) und für die

2. Ordnungsverfügung eine Gebühr von 32 € (bisher 20 €) erhoben. Für jeden Außendienstbesuch seien nun 50 € (bisher 45 €) zu zahlen.

Herr Horst bittet um Erläuterung, warum die Stellenanteile für die Zulassungsstelle um drei Stellen erhöht worden seien und wie hoch die Ausfallquote bei den Gebühren für ordnungsbehördliche Maßnahme sei. Herr Stienen teilt dazu mit, die zunächst wegen der gestiegenen Zulassungszahlen befristet über den Stellenpool eingerichteten drei Stellen seien in 2015 nach einer Organisationsuntersuchung endgültig in den Stellenplan aufgenommen worden. Bei den Gebühren für ordnungsbehördliche Maßnahmen sei mit einer Ausfallquote von schätzungsweise 20 % zu rechnen.

Auf die Frage von Herrn Eisele zur Planung der Bußgelderträge in 2016 teilt Herr Stienen mit, in 2015 habe die Autobahnpolizei nur an wenigen Tagen Geschwindigkeitsüberwachungen auf der A31 durchgeführt. Die Baustelle werde sich in 2016 weiter Richtung Süden und damit außerhalb des Kreisgebietes wandern. Für 2016 rechne er nicht mehr mit Messtätigkeiten der Autobahnpolizei im Kreis Borken. Die Planung 2016 sei daher gegenüber dem Vorjahr um 300 T€ verringert worden.

Die Herren Eisele und Krafczyk regen an, um die Messaktivitäten des Kreises zu erhöhen, könnten neben den vorhandenen 28 Messplätzen und 4 Kameras weitere Standorte eingerichtet und zusätzliche Kameras angeschafft werden. Herr Dr. Paßlick teilt mit, nach wissenschaftlichen Untersuchungen sei es nicht notwendig, die Starenkästen kontinuierlich zu bestücken; es reiche eine Aktivierung der einzelnen Standorte in gewissen zeitlichen Abständen, um die Einhaltung der Geschwindigkeit zu bewirken. Herr Stienen ergänzt, an neuen Unfallhäufungsstellen würden vermehrt auch andere Maßnahmen, wie z. B. der Bau von Kreisverkehren, ergriffen. Die Übertretungsquoten an den Messplätzen seien von anfangs 8 bis 10 % auf derzeit 0,7 % zurückgegangen.

Auf die Frage von Frau Lindenhahn zu der gegenüber dem Vorjahr geringeren Anzahl von geplanten Einsprüchen in 2016 antwortet Herr Stienen, die Quote der Einsprüche bei den Autobahnfällen sei wegen der höheren Bußgeldbeträge deutlich höher als bei den übrigen Verfahren. Durch die Einstellung der Geschwindigkeitsüberwachungen auf der A31 durch die Autobahnpolizei werde sich die Anzahl der Einsprüche in 2016 deutlich verringern.

Frau Lindenhahn schlägt vor, die Haushaltsplanung für den ZVM Bus sei nicht transparent und solle für 2017 deutlicher dargestellt werden.

Herr Lensing regt an, für das Produkt ÖPNV solle eine Kennzahl für das Mobiticket gebildet werden.

Auf die Frage von Herrn Eisele zu der Inanspruchnahme des Mobitickets im Monat Januar 2016 und den Werbemaßnahmen teilt Herr Stienen mit, ca. 100 Tickets seien im Kreis Borken ausgestellt worden. Über 10.000 Flyer seien an die Bürgerbüros, Job Center und sozialen Einrichtungen verschickt worden. Über die Presse und das Internet sei angemessen informiert worden.

Wegen der derzeit geringen Inanspruchnahme des Mobitickets schlagen Herr Eisele und Frau Lindenhahn vor, die Bedingungen und angebotenen Tickets sollten in den nächsten Monaten überprüft und ggf. angepasst werden.

Herr Brandt bittet die Presse, über das Mobiticket solle weiter positiv berichtet werden.

Beschluss: einstimmig bei 2 Enthaltungen

Dem Entwurf des Kreishaushaltes 2016, bezogen auf das Budget 07 – Verkehr, wird zugestimmt. Dem Kreistag wird insoweit empfohlen, den Haushalt 2016 zu verabschieden.

**Punkt 6: Einführung des Westfalen Tarifs;
Antrag der SPD-Fraktion v. 19.01.2016
Vorlage: 0046/2016
Einführung des WestfalenTarifes zum 01.08.2017
Vorlage: 0061/2016**

Frau Lindenhahn bedankt sich für den als Tischvorlage ausgelegten ausführlichen Bericht und teilt mit, die Tarifstrukturen im ÖPNV seien sehr undurchsichtig und sie befürchte, dass sich die Einflussmöglichkeiten nach der Einführung des WestfalenTarifs verschlechtern würden.

Herr Stienen merkt an, die Mitwirkungsmöglichkeiten bei der Tarifgestaltung seien schwierig und nur über die Gremien des ZVM, der RVM oder als Aufgabenträger über die Einnahmeverantwortung im Tarifausschuss der VGM möglich.

Herr Dr. Paßlick informiert, die Regionen legten weiterhin Wert auf eigenverantwortliche Tarifgestaltung. Bei der Einführung des WestfalenTarifs würde für den Nahbereich die Zuständigkeit für die Preisgestaltung, die Einnahmenaufteilung und die Gestaltung regionaler Ticketangebote bei den regionalen Tariforganisationen bleiben. Diese Zuständigkeiten würden ab der bisherigen Preisstufe 7 auf die westfalenweiten Ausschüsse übergehen. Durch die Schaffung neuer Zuständigkeiten und Gremien würden die ÖPNV-Strukturen nicht übersichtlicher. Die Bahncard könne auch weiterhin im grenzüberschreitenden Verkehr eingesetzt werden.

Herr Berning bittet, eine Übersicht über die Organisationsstrukturen im ÖPNV solle der Niederschrift beigelegt werden (**s. Anlage der Niederschrift**).

Herr Dr. Paßlick berichtet, der Kreis Coesfeld habe seine Mitglieder in der Zweckverbandversammlung SPNV Münsterland sowie im Tarifausschuss der Tarifgemeinschaft Münsterland / Ruhr-Lippe angewiesen, Beschlüssen zur Gründung der WestfalenTarif GmbH nicht zuzustimmen. Der Kreis Coesfeld könne die geplante Neugründung der GmbH und somit die Einführung des WestfalenTarifs blockieren, da ein einstimmiger Beschluss notwendig sei.

Herr Schemmer macht deutlich, trotz der Kommunalisierung im ÖPNV solle an einer gemeinsamen Lösung zur Einführung des WestfalenTarifs gearbeitet werden.

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung über die Einführung des WestfalenTarifs zur Kenntnis..

**Punkt 7: Straßenbericht 2016 und Hochbauprogramm 2016 mit Energiebericht
Vorlage: 0011/2016**

Herr Sonntag verweist auf die umfassenden Ausführungen zu den abgeschlossenen und geplanten Baumaßnahmen im Straßenbericht 2016 und Hochbauprogramm 2016, die den Ausschuss-Mitgliedern vorliegen. Ergänzend teilt er mit, dass eine Deckenbaumaßnahme auf der K 59 in Gronau-Epe kurzfristig beauftragt werden müssen, die nicht im Straßenbericht aufgeführt sei. Ausblickend auf die kommenden Jahre führt Herr Sonntag aus, dass in den Erhalt der Brückenbauwerke investiert werden müsse und der Neubau von Straßen zurückgehen werde, weil sich das Land aus der Finanzierung von Neubaumaßnahmen zurückgezogen habe.

Herr Eisele schlägt vor, über ein kommunalfinanziertes Straßenbauprogramm nachzudenken. Ähnlich dem seit Jahren erfolgreich praktizierten kommunalen Radwegebauprogramm

könne er sich vorstellen, dass interessierte Kommunen ihre lokalen Straßenneubauprojekte mit anteiliger Finanzierung des Kreises realisieren könnten. Diesen Gedanken aufgreifend erklärt Herr Grothues, in der nächsten Sitzung die Finanzierung von Straßenneubaten auf die Tagesordnung zu setzen.

Zum Energiebericht als Teil des Hochbauprogramms zeigt Herr Sonntag anhand einiger Diagramme, die als **Anlage zur Niederschrift** beigefügt sind, wie sich die Energie- und Wasserverbräuche in den letzten Jahren entwickelt haben. Die Sanierungsmaßnahmen, insbesondere die im Rahmen des Konjunkturpakets II erfolgten Verbesserungen an der Gebäudehülle einiger Objekte, würden zu sinkenden Heizenergieverbräuchen führen. Auch die Bemühungen, die Stromverbräuche in den Verwaltungsgebäuden trotz zunehmender EDV-Technisierung durch Rationalisierungsmaßnahmen zu stabilisieren, sei erkennbar.

Herr Sonntag erinnert abschließend an die von der Verwaltung seit Jahren geübte Praxis, den Stromeinkauf objektbezogen unter Einbeziehung des lokalen Wettbewerbs der im Kreisgebiet ansässigen Versorgungsunternehmen durchzuführen und keine europaweite Stromausschreibung aller Stromabnahmestellen als ein Vergabepaket anzustreben. Die Gebäudewirtschaft des Kreises Borken befinde sich in einem sogenannten Vergleichsring mit anderen Kreisverwaltungen und stelle immer wieder fest, dass diejenigen Kommunen, die ihren Strombedarf über europaweite Vergabeverfahren deckten, keine erkennbar günstigeren Preise erzielten als der Kreis Borken bei der objektbezogenen Beauftragung der lokalen Stadtwerke. Selbst bei großen Abnahmepaketen, wo Kreisverwaltungen und kreisangehörige Kommunen ihren Bedarf gemeinsam ausschrieben, sei kein signifikanter Vorteil zu sehen. Herr Sonntag unterstreicht, diese Vergabepaxis unterhalb des Schwellenwerts zum europäischen Vergaberechts auch weiterhin zu üben, sofern die Politik damit einverstanden sei.

Beschluss: einstimmig bei zwei Enthaltungen

Dem Straßenbericht 2016 und dem Hochbauprogramm 2016 mit Energiebericht wird zugestimmt.

Punkt 8: Beratung des Haushaltsentwurfs 2016 für das Budget 12 - Straßen, Gebäude und Grünflächen
Vorlage: 0010/2016

Beschluss: einstimmig bei zwei Enthaltungen

Dem Entwurf des Kreishaushaltes 2016, bezogen auf das Budget 12 – Straßen, Gebäude und Grünflächen, wird zugestimmt. Dem Kreistag wird insoweit empfohlen, den Haushalt 2016 zu verabschieden.

Punkt 9: Mitteilungen der Verwaltung

Herr Stienen bittet, dass alle Fraktionen für das geplante Fahrradforum in den nächsten zwei Wochen jeweils eine Person benennen.

Für die Fraktionen von CDU, SPD und B90/DIE GRÜNEN werden Herr Lensing, Frau Lindenhahn und Herr Eisele teilnehmen.

Punkt 10: Anfragen

Punkt 10.1: Einsatz von blauen Wildwarnreflektoren an Kreisstraßen
Vorlage: 0058/2016

Herr Stienen teilt mit, die blauen Wildwarnreflektoren kämen immer häufiger zur Anwendung. Für die Anbringung der Reflektoren sei die Abstimmung mit dem Straßenbaulastträger erforderlich.

Herr Sonntag berichtet, von den 460 km Kreisstraßen seien ca. 20 % mit blauen Wildwarnreflektoren ausgestattet.

Auf Wunsch von Frau Lindenhahn sichert Herr Grothues zu, das Thema in einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses für Wirtschaft, Verkehr und Bauen zu beraten.

Punkt 10.2: Bundeswettbewerb "Unser Dorf hat Zukunft"
Vorlage: 0059/2016

Die Anfrage wird zuständigkeitshalber an den Umweltausschuss verwiesen.

Ende des öffentlichen Teils